



Ein sicheres Klima für den Frieden?

UN Photo/Marco Dormino

Klimawandel – Gefahr für die Sicherheit von Menschen und den Frieden auf der Welt

Der Klimawandel ist die bestimmende Herausforderung unserer Zeit. Trockenheit, Wassermangel, extreme Wetterereignisse und steigende Meeresspiegel gefährden die Lebensgrundlagen und die Sicherheit von Milliarden Menschen. Knapper werdende Ressourcen verschärfen bestehende Konflikte. Welche Bedrohungen für Sicherheit und Frieden gehen vom Klimawandel aus? Und wie kann die internationale Gemeinschaft reagieren?

VON SIMONE KAMHUBER UND OLIVER HASENKAMP

António Guterres, der Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN), hat bereits 2019 gefordert, dass wir »endlich unseren Krieg gegen die Natur beenden« müssen. Denn nachdem sich die Menschheit seit Jahrzehnten im Krieg mit dem eigenen Planeten befände, schlage dieser nun zurück. In der Tat sind die Folgen der Klimakrise für immer mehr Menschen eine alltägliche Realität. Der Klimawandel hat jedoch nicht nur die Beziehung zwischen Mensch und Natur aus dem Gleichgewicht gebracht, auch das Verhältnis zwischen den Menschen untereinander steht unter Druck.

Die extremen Ausmaße der Klimakrise, die sich zuletzt beispielsweise in Waldbränden in Europa und im Amazonasgebiet oder Überschwemmungen in Südostasien gezeigt haben, lassen kaum einen Zweifel, dass der Klimawandel Auswirkungen auf Frieden und Sicherheit hat. Dies gilt zunächst für die unmittelbare persönliche Sicherheit der betroffenen Menschen, etwa wenn das eigene Haus abbrennt oder keine Versorgung mit Trinkwasser oder Nahrung mehr gewährleistet ist. Die Zahl hitzebedingter Todesfälle wird Voraussagen zufolge weiter steigen. Und viele Wetterextreme verstärken sich gegenseitig.

Die globale Durchschnittstemperatur lag in den Jahren 2023 bis 2025 bereits 1,5 Grad über dem

Wert vor der industriellen Entwicklung. Auch UN-Generalsekretär Guterres unterstrich bei der UN-Klimakonferenz 2025 erneut, dass die Welt weiterhin auf eine Erwärmung von deutlich über 2 Grad zusteuert. Sollte die globale Erwärmung dauerhaft bei über 1,5 Grad liegen oder sogar auf über 2 Grad steigen, werden laut dem Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) »klimabedingte Risiken für Gesundheit, Lebensgrundlagen, Ernährungssicherheit und Wasserversorgung, menschliche Sicherheit und Wirtschaftswachstum« noch deutlich zunehmen.

Jenseits der zahlreichen Einzelschicksale, die der Klimawandel hervorruft, gefährdet er auch die Sicherheit und Überlebenschancen ganzer Gesellschaften. Inselstaaten oder niedrig gelegene Küstenstaaten fürchten um ihre gesamte Existenz – und noch immer gibt es keine Einigkeit darüber, ob betroffene Menschen anderswo Aufnahme finden können.

Je begrenzter lebenswichtige Ressourcen wie Wasser und Nahrungsmittel in bestimmten Regionen werden, desto größer wird auch die Gefahr, dass Verteilungskonflikte zunehmen. Schon 2014 erklärte der IPCC, dass der Klimawandel die Gefahr gewaltsamer Auseinandersetzungen erhöht, da er Treiber von Konflikten

wie Armut oder Wassermangel verstärkt. Der Klimawandel tritt jedoch selten als alleinige Konfliktursache auf, sondern meist mit weiteren Faktoren wie Überbevölkerung, politischer Diskriminierung, sozialer Ungleichheit und geringen wirtschaftlichen Chancen. Im Sudan etwa verstärken wiederkehrende Dürren und Wasserknappheit seit Jahren Spannungen zwischen nomadischen Hirten und sesshaften Bauern. Expertinnen und Experten bezeichnen den Klimawandel deshalb als »Risikomanipulator« oder »Risikomultiplikator«.

Forscherinnen und Forscher der Berkeley-Universität konnten in einer Studie über Afrika südlich der Sahara nachweisen, dass Bürgerkriege dort mit einer 50 Prozent höheren Wahrscheinlichkeit ausgebrochen sind, wenn die Jahrestemperatur 1 Grad über dem Durchschnitt des gemessenen Zeitraumes lag. Dies deckt sich mit Untersuchungen, die belegen, dass häusliche Gewalt, Überfälle und Morde sowie Polizeigewalt zunehmen, wenn die Temperaturen deutlich über dem Durchschnittswert einer jeweiligen Weltregion liegen.

Durch die Veränderung des Klimas ergeben sich auch neue geopolitische Herausforderungen: Beispielsweise führt das Abschmelzen von Eis in der Arktis zu einer zunehmenden

Militarisierung in der Region sowie zu Konflikten um die Macht über neue Schifffahrtswege und den Zugang zu Rohstoffen. Der Fall Grönlands verdeutlicht, wie das wachsende Interesse verschiedener Staaten an der Region neue geopolitische Spannungen entstehen lässt.

Doch ebenso wie der Klimawandel Konflikte befördert, erhöhen umgekehrt gewaltsame Konflikte die Verletzlichkeit gegenüber dem Klimawandel. Denn dort, wo Konflikte und Unsicherheit herrschen, haben Menschen nur wenig Möglichkeiten, selbst zum Schutz des Klimas beizutragen. Zudem kann ihnen auf Grund schlechter Infrastruktur und kaum vorhandener staatlicher Strukturen und Sozialsysteme bei der Anpassung an den Klimawandel wenig geholfen werden.

Um die Sicherheitsrisiken des Klimawandels so gering wie möglich zu halten, bleibt die wichtigste Aufgabe der Klimaschutz und die Umsetzung des von den UN beschlossenen Pariser Klimaabkommens. Doch damit in Zukunft Frieden und nachhaltige Entwicklung für alle Menschen trotz der negativen Auswirkungen des Klimawandels gesichert werden können, braucht es auch eine bessere Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Dafür ist es notwendig, den Klimawandel in allen Politikbereichen mitzudenken – auch in der Sicherheitspolitik

Klimasicherheit als Jugendthema Seite 2

Nahrungssicherheit Seite 3

Klima und Konflikte Seite 4–5

Klimaversicherungen Seite 5

Klimawandel im UN-Sicherheitsrat Seite 6–7

Geschlechtergerechtigkeit Seite 7

Klima-Migration in Würde Seite 8

Eine sich erwärmende Welt, ein fragiler Frieden

Warum Klimasicherheit ein Jugendthema ist. **VON YOSR KHÈDR**

Seit Beginn der 2000er-Jahre begannen mehr Menschen in Politik und Wissenschaft darüber zu sprechen, wie untrennbar Klimawandel und gewaltsame Konflikte miteinander zusammenhängen. Anfangs wurde oft angenommen, der Klimawandel sei eine Hauptursache für gewaltsame Auseinandersetzungen um Ressourcen wie Wasser oder fruchtbares Land. Mit der Zeit entwickelte sich diese Sicht weiter: Zunächst wurde der Klimawandel als »Bedrohungsmultiplikator« verstanden, später dann als »Risikomultiplikator« in fragilen und konfliktbetroffenen Kontexten. Das bedeutet, dass der Klimawandel zwar Konflikte nicht direkt auslöst, aber bestehende Probleme wie Wasserknappheit, politische Instabilität und gewaltsame Auseinandersetzungen um Ressourcen verschärft. Für diese Zusammenhänge wird häufig der Begriff Klima, Frieden und Sicherheit (Climate, Peace and Security, CPS) benutzt. Er umfasst sowohl Risiken für die menschliche Sicherheit – etwa Ernährungs-, Wasser- und Energiesicherheit –

als auch klassische Sicherheitsfragen, einschließlich klimabedingter Migration und Klimaanpassungsmaßnahmen von Sicherheits- und Militäreinrichtungen.

Mit der Zeit wurde der Begriff »Risiken« jedoch zunehmend umstritten: Im Globalen Norden wurden klimabezogene Risiken häufiger mit Umweltbewusstsein und reflexiver Moderne – also der Einsicht, dass moderne Gesellschaften ihre eigenen Risiken erzeugen – verbunden. Im Globalen Süden wurde der Begriff eher mit Verwundbarkeit und staatlichem Versagen zusammengebracht.

Vielleicht erklärt gerade diese Diskussion, warum Klimasicherheit zu einem prägenden Themenfeld der Generation Z wird. Indem verschiedene Fachbereiche und globale Lebensrealitäten zusammengebracht werden, können kontextspezifische, inklusive Lösungsansätze entstehen – und so Friedensprozesse stärken. Junge Menschen sind diesen sich überschneidenden Risiken unverhältnismäßig stark ausgesetzt. Über 700 Millionen Menschen zwischen 15 und 35 Jahren leben in fragilen oder konfliktbetroffenen Regionen. Dennoch werden sie in klima- und konfliktpolitische Entscheidungsprozesse oft nur symbolisch einbezogen, wenn überhaupt.

Im Jahr 2023 veröffentlichte der Klima-Sicherheits-Mechanismus (Climate Security Mechanism, CSM) einen thematischen Bericht zu Klimasicherheit und Friedensförderung. Der Bericht stellte fest, dass nur 8 von 43 spezifischen CPS-Projekten, die vom Friedenskonsolidierungsfonds (Peacebuilding Fund) der UN unterstützt werden, einen primären Fokus auf Jugend hatten. Dieses Beispiel offenbart ein systemisches Problem: Junge Menschen, deren Perspektiven für das Verständnis klimabedingter Konflikte entscheidend wären, bleiben weitgehend ungehört.

Auf einer strukturellen Ebene erschweren anhaltende und wachsende Generationenkonflikte echte Jugendführung. In internationalen und multilateralen Jugendbewegungen behalten häufig Menschen über 35 die Kontrolle – sei es aufgrund des Vertrauens von Geldgebern oder die



UN Photo/Eskinder Debebe

Anerkennung durch jüngere Mitglieder, die sich dadurch persönlichen Nutzen erhoffen. Diese Dynamiken schließen junge Stimmen, die am besten in der Lage wären, die sich wandelnden Klima-Sicherheits-Risiken anzugehen, weitgehend von echter Einflussnahme aus.

Trotz dieser Hürden haben junge Menschen die CPS-Agenda maßgeblich vorgebracht – durch kontinuierliche, jugendgeleitete Graswurzelarbeit auf globaler und regionaler Ebene. Ein herausragendes Beispiel ist YOUNGO, die offizielle Kinder- und Jugendvertretung der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC). YOUNGO zeigt, wie kontinuierliches, regelbasiertes Engagement in multilateralen Prozessen internationale Glaubwürdigkeit aufbaut und jugendliche Prioritäten sichtbar macht. Abseits ihrer Präsenz bei UN-Klimakonferenzen arbeitet YOUNGO ganzjährig daran, junge Stimmen in die Klimapolitik einzubringen – unter anderem, indem CPS-Konzepte in Advocacy, politische Stellungnahmen und lokale Programme integriert werden.

Die Arbeitsgruppe Youth, Climate and Peace and Security (YCPS) innerhalb von YOUNGO zeigt zudem, wie junge Menschen oft schneller handeln als multilaterale Institutionen. Während der UN-Sicherheitsrat weiterhin darüber uneinig ist, ob der Klimawandel als Risikomultiplikator anerkannt werden soll, haben Jugendgruppen CPS-Ansätze längst fest in ihre globale Klimamobilisierung eingebettet.

Gute Praxisbeispiele entstehen außerdem durch jugendinklusive, partizipative Wissensproduktion im Bereich Klima, Frieden und Sicherheit. Viele dieser Initiativen rufen zu stärker zugänglicher Klimafinanzierung für junge Menschen in fragilen und konfliktbetroffenen Kontexten sowie zu institutionell verankerten Ansätzen der Jugendbeteiligung in CPS-Prozessen auf.

Letztlich ist Klima, Frieden und Sicherheit nicht nur ein aufkommendes Forschungsfeld, sondern eine gelebte Realität für Millionen junger Menschen, die sich in klimabedingten Fragilitäts- und Konfliktkontexten bewegen. Umso wichtiger ist es, informiert zu bleiben, kritische Fragen zu stellen und neugierig zu bleiben. Dies sind wesentliche Schritte, um aktiv an einer inklusiven, widerstandsfähigen und friedlichen Zukunft mitzuwirken.

Yosr Khèdr hat einen Master-Abschluss in Interdisziplinären Afrikastudien und arbeitete zuvor als Analytikerin im Programm für Klimadiplomatie und Sicherheit bei adelphi. In dieser Funktion hat sie unter anderem an der Practical Note »Die Rolle der Jugend in der Klima-, Friedens- und Sicherheitsagenda (2025)« von adelphi und UNSSC mitgewirkt. Außerdem ist sie aktives Mitglied der Arbeitsgruppe »Jugend, Klima, Frieden und Sicherheit« bei YOUNGO.

DAS PARISER KLIMAABKOMMEN

Im Jahr 2015 verabschiedeten die mittlerweile 198 Vertragsstaaten der sogenannten UN-Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) das Pariser Klimaabkommen. In diesem einigten sie sich darauf, den durchschnittlichen globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter 2 Grad und wenn möglich auf 1,5 Grad zu begrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen alle Staaten gleichermaßen Bemühungen zum Klimaschutz unternehmen, insbesondere die reichen Industriestaaten.

Die Regierungen konnten sich allerdings nicht auf konkrete Vorgaben für einzelne Länder einigen, sondern setzen auf Selbstverpflichtungen: Alle Staaten, die das Abkommen unterzeichnet haben, müssen Pläne vorlegen, in denen sie darlegen, wie viel klimaschädliche Abgase sie einsparen wollen und wie dies gelingen kann. Über die Umsetzung verhandeln sie jeweils auf den UN-Klimakonferenzen, die seit der Verabschiedung der Klimarahmenkonvention im Jahr 1992 jährlich stattfinden.

Alle fünf Jahre gibt es eine weltweite Bestandsaufnahme zum Fortschritt bei der Umsetzung der Ziele des Übereinkommens. Der erste globale Fortschrittsbericht zum Pariser Klimaabkommen wurde im Dezember 2023 abgeschlossen. Er zeigte: Die Welt ist nicht auf Kurs, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen.

Bis September 2025 mussten alle Staaten ihre neuen Klimapläne (NDC 3.0) vorlegen, die entscheidend dafür sind, ob die Ziele des Pariser Abkommens noch erreichbar bleiben. Laut UN-Umweltprogramm (UNEP) steuern die bisherigen Zusagen bis 2100 auf 2,6 bis 3,1 Grad Erwärmung zu, weshalb deutlich ambitioniertere Ziele und konkrete Maßnahmen nötig sind. Die großen Volkswirtschaften haben zwar höhere Ziele für 2035 angekündigt, würden damit aber schon 36 Prozent des verbleibenden 1,5 Grad-CO₂-Budgets beanspruchen.

Weitere Infos gibt es unter www.dgyn.de/klimaabkommen/

ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Mit der Agenda 2030 und ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) haben alle Staaten der Welt im Jahr 2015 einen umfassenden globalen Aktionsplan für den Menschen, den Planeten und den Wohlstand beschlossen. Die 17 Ziele beschreiben, wie eine bessere Welt für alle Menschen im Jahr 2030 aussehen soll. Ein Grundgedanke der Agenda ist, dass alle Ziele nur gemeinsam erreicht werden können, weil sie eng miteinander verbunden sind: Denn weder Entwicklung noch Frieden ist ohne ein intaktes Klima möglich. Aber auch ein nachhaltiger Schutz des Klimas und der Umwelt ist nur möglich, wenn gleichzeitig Frieden herrscht und Menschen ohne Armut leben können.

Die Ziele sind für alle Staaten der Welt gültig. Reichere Länder wie Deutschland sollen die Ziele sowohl in ihren eigenen Ländern erreichen, als auch ihre Umsetzung in anderen Ländern durch Entwicklungszusammenarbeit und die eigene Lebensweise – beispielsweise durch eine nachhaltigere Wirtschaft ohne Ausbeutung von Menschen – unterstützen. Die 17 Ziele setzen sich aus insgesamt 169 Unterzielen zusammen, die möglichst genau angeben, welche Veränderungen bis zum Jahr 2030 erreicht werden sollen.



Weitere Infos zu den SDGs und ihrer Umsetzung gibt es unter www.dgyn.de/sdgs und in der Eine-Welt-Presse »17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung«: www.dgyn.de/eine-welt-presse/sdgs





Bewohnerinnen und Bewohner eines Dorfes in Südsudan transportieren Nahrungsmittel, die sie vom Welternährungsprogramm (WFP) erhalten haben, um eine Dürre zu durchstehen. (Foto: WFP/Gabriela Vivacqua)

»Wenn das Überleben der eigenen Familie vom nächsten Stück Brot abhängt, dann werden aus Nachbarn auf einmal Feinde.«

Ein Interview mit Martin Frick vom Welternährungsprogramm (WFP) über Nahrungssicherheit in Zeiten des Klimawandels.

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen geben vor, den Hunger in der Welt bis zum Jahr 2030 zu überwinden. Wie realistisch ist es, dieses Ziel zu erreichen?

Es ist nach wie vor möglich, aber das Ziel gerät immer mehr außer Reichweite. Die Welt steht vor einer dramatischen Hungerkrise, die durch die drei Ks befeuert wird – Krisen, Kosten und Klima. Nun tritt ein viertes K hinzu und das sind die Kürzungen von internationaler Hilfe weltweit. Wir befürchten, dass 2026 rund 318 Millionen Menschen von Hungerkrisen betroffen sein werden – mehr als doppelt so viele wie 2019. Gleichzeitig sind wir gezwungen, unsere Hilfe auf die 110 Millionen am stärksten gefährdeten Menschen zu konzentrieren – weil das Geld fehlt. Dabei wissen wir, dass frühzeitige Hilfe diesen Trend umkehren kann. Allein in diesem Jahr haben unsere Teams zahllose Menschen vor dem Hungertod bewahrt, etwa im Sudan. Wir brauchen dringend mehr Unterstützung, um diese Arbeit fortzusetzen.

Warum stellt der Klimawandel eine Gefahr für die Nahrungssicherheit dar?

Die Klimakrise wirkt wie ein Brandbeschleuniger auf globalen Hunger. Das sind zum einen Extremwetterereignisse wie Wirbelstürme, die gerade in Sri Lanka, Haiti oder auf den Philippinen ganze Dörfer dem Erdboden gleichmachen. Das sind aber auch Dürren oder Überschwemmungen, die Ernte und Lebensgrundlagen von Kleinbauern in Kenia oder im Südsudan zerstören und Ernährungssysteme nachhaltig schädigen. Im Schatten dieser Naturkatastrophen steigen die globalen Durchschnittstemperaturen immer weiter an. Das passiert schleichend und oft unsichtbar, ist aber genauso tödlich. Neueste

WFP-Zahlen zeigen, dass bei einem weiteren Grad Erderwärmung 70 Millionen mehr Menschen in 45 Ländern in akuten Hunger abrutschen. Diese tektonischen Verschiebungen sind mit dem humanitären System nicht aufzufangen, das ohnehin unter den Auswirkungen von Kriegen, Konflikten und Kürzungen ächzt.

Was tut WFP, um Nahrungssicherheit angesichts des Klimawandels zu verbessern?

Unsere Hilfsprogramme unterstützen diejenigen, die an vorderster Front gegen den Klimawandel kämpfen. Der Großteil dieser Menschen lebt in Ländern, die über deutlich weniger

Ressourcen als wir verfügen, um sich gegen Klimaextreme wappnen zu können. Das sind oft Länder, die bereits unter Hunger, Armut und Konflikten leiden. 2024 hat WFP 29 Millionen Menschen vor, während und nach Klimakatastrophen erreicht. Zum Beispiel durch Frühwarnsysteme und Bargeldhilfe vor Überschwemmungen, durch Mikroversicherungen, die Bauern auffangen, wenn Dürren die Felder vertrocknen lassen. Wir machen Ernährungssysteme krisenfest, indem wir vertrocknete Böden wieder urbar machen, Mangrovenwälder wieder aufforsten und in der größten Not mit Nahrungsmitteln helfen. Frühes Handeln ist dabei der Schlüssel,

denn jeder Euro, den wir vorausschauend investieren, spart sieben Euro in Verlusten ein.

Inwieweit trägt Nahrungsmittelknappheit infolge des Klimawandels zu neuen Konflikten bei?

Wir sehen bereits jetzt, dass Wetterextreme Ressourcen verknappen. Weniger Ressourcen bedeutet mehr Konflikte. Wenn das Überleben der eigenen Familie vom nächsten Stück Brot abhängt, dann werden aus Nachbarn auf einmal Feinde. Dort, wo Menschen verzweifelt sind, da öffnet sich auch der Raum für den Einfluss extremer Gruppen. Was wir nicht vergessen dürfen, ist, dass Dürren, Wirbelstürme und Überschwemmungen dreimal mehr Menschen in Regionen treffen, die bereits fragil oder von Konflikt betroffen sind. Gleichzeitig erhalten diese Menschen einen Bruchteil der Klimagelder, die sie bräuchten, um wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Solange das nicht passiert, ist die Sorge groß, dass sich Hunger und Instabilität ausweiten.








Welche Unterstützung wünschen Sie sich, um die Arbeit von WFP zu stärken?

Das humanitäre System steht am Rande des Zusammenbruchs. Auch das deutsche Engagement ist 2025 stark zurückgegangen und wird 2026 auf demselben niedrigen Niveau verharren. Das ist ernüchternd und ein Rückschlag für den Kampf gegen den Hunger. Deutschland ist nach wie vor wichtiger Geber und war bisher verlässlicher Partner. Ich wünsche mir, dass Deutschland in Zukunft wieder internationale starke Signale setzt und seine humanitäre Führungsrolle wieder stärker ausfüllt – für Hungernde, für mehr Stabilität, aber auch für deutsche Sicherheitsinteressen in Zeiten der Klimakrise.

MENSCHLICHE SICHERHEIT

Das Konzept der Menschlichen Sicherheit rückt neben der Souveränität des Staates den Schutz des Individuums und der Würde des Menschen in den Mittelpunkt. Frieden umfasst nach diesem Verständnis mehr als die bloße Abwesenheit von Gewalt und Waffen. Die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen müssen in der Schaffung und Wahrung von Frieden und Sicherheit Beachtung finden. Unter diesem erweiterten Sicherheitsverständnis kommt entwicklungspolitischen Themen besondere Bedeutung zu. Neben der physischen Sicherheit des Individuums soll auch soziale, wirtschaftliche und kulturelle Sicherheit gewährleistet werden.

Das erweiterte Sicherheitsverständnis umfasst sieben Dimensionen, die allesamt vom Klimawandel betroffen sein können:

- | | |
|---|---|
|  Wirtschaftliche Sicherheit |  Persönliche (physische) Sicherheit |
|  Ernährungssicherheit |  Gesellschaftliche Sicherheit |
|  Gesundheitliche Sicherheit |  Politische Sicherheit |
|  Umweltsicherheit | |

Geopolitische Konflikte in der Arktis: Der Klimawandel führt zu einem Abschmelzen des Eises in der Arktis. Die Anrainerstaaten wetteifern um die Kontrolle über neue Schifffahrtswege und unter dem Eis verborgene Bodenschätze. Prallen verschiedene Interessen aufeinander, könnte es zu militärischen Auseinandersetzungen in der Region kommen.

Machtvakuum nach Naturkatastrophen: Naturkatastrophen können dazu beitragen, dass staatliche Strukturen geschwächt werden und so im Zusammenspiel mit weiteren Faktoren wie Korruption ein Machtvakuum entsteht, das zu Plünderungen oder sogar Bürgerkriegszuständen führt wie etwa in Haiti. Hier zerstörte ein verheerendes Erdbeben 2010 einen Großteil des Landes, aber auch Klimaereignisse wie Wirbelstürme und Überschwemmungen haben seitdem den Staat weiter geschwächt. (Foto: UN Info Centre for the Caribbean Area)

Organisierte Kriminalität & Klimawandel: Auch zwischen organisierter Kriminalität, die vielerorts zu Gewalt beiträgt, und dem Klimawandel lassen sich Verbindungen herstellen: So ist organisierte Kriminalität beispielsweise ein wichtiger Treiber der Abholzung des Amazonas-Regenwalds, die nicht nur klimaschädlich ist, sondern auch indigene Völker gewaltsam aus ihrer Heimat vertreibt. (UN Photo/Esneider Debebe)

Gletscherschmelze in den Anden: Die Andengletscher werden bis zum Ende dieses Jahrhunderts vollständig schmelzen. Die Gletscherschmelze erhöht das Risiko von Überschwemmungen und könnte in einer Dürre enden, welche die von den Gletschern abhängigen Gemeinden trifft und zu neuen Verteilungskonflikten führt.

Konflikte infolge von Klimaschutz: Auch dringend notwendige Maßnahmen zum Klimaschutz können zu Konflikten führen, beispielsweise wenn Tausende Menschen ihre Arbeitsplätze in der Kohleindustrie verlieren. In Frankreich war etwa eine zur Finanzierung der Energiewende geplante Besteuerung fossiler Kraftstoffe einer der Auslöser der teilweise gewaltsamen Proteste der sogenannten Gelbwesten-Bewegung.

»Klima-Krieg« im Sudan?: Im Jahr 2007 bezeichnete der damalige UN-Generalsekretär Ban Ki-moon den seit 2003 anhaltenden Konflikt zwischen verschiedenen Volksgruppen in der sudanesischen Region Darfur als ersten »Klima-Krieg« der Welt. Zunehmende Trockenheit hatte Wanderbewegungen ausgelöst, die zu bewaffneten Konflikten zwischen Nomadinnen und Nomaden sowie ansässigen Bäuerinnen und Bauern um Ackerland führten – die Eskalation des Konflikts im Jahr 2006 fiel mit dem Höhepunkt der Dürre zusammen. Viele Expertinnen und Experten sehen jedoch politische und wirtschaftliche Unterdrückung sowie eine Militarisierung der Region als Ursache für einen gezielten Völkermord und kritisieren, mit dem Verweis auf den Klimawandel habe die sudanesishe Regierung versucht, die eigene Verantwortung zu verschleiern. (Foto: UN Environment)

Ressourcenkonflikte in der DR Kongo: Zahlreiche Milizen finanzieren sich durch die Ausbeutung von seltenen Rohstoffen, die für Handys, aber etwa auch für Elektroautos benötigt werden, die wiederum einen wichtigen Beitrag zu einer klimafreundlicheren Mobilität leisten sollen. (Foto: UNEP)

Ressourcenknappheit am Tschadsee: Extreme Armut und anhaltende Konflikte haben im Tschad und angrenzenden Ländern eine humanitäre Krise ausgelöst. Der Klimawandel erschwert das Überleben der überwiegend ländlichen Bevölkerung, die von der Landwirtschaft, der Fischerei und der Viehzucht abhängig ist. Veränderte Niederschläge haben dazu geführt, dass die Wasserstände des Tschadsees unvorhersehbar schwanken. Da verschiedene Gruppen um den Zugang zu den begrenzten natürlichen Ressourcen konkurrieren, eskalieren soziale Spannungen und steigt das Risiko gewaltsamer Konflikte. Weiter verschärft wird dies durch den Zuzug von Menschen, die vor der Terrororganisation Boko Haram in Nigeria geflohen sind.

Vergiftetes Klima

Im westafrikanischen Mali nehmen Konflikte zu. Der Klimawandel ist einer der Gründe. **VON BETTINA RÜHL**

Auf dem Viehmarkt der malischen Hauptstadt Bamako spielen Kinder zwischen Schafen und Kühen, neben Strohlagern und Futtertrögen stehen notdürftige Hütten. Dutzende Vertriebene haben hier Zuflucht gesucht. Sie alle sind Dogon und Bäuerinnen und Bauern, haben bis zu ihrer Flucht im Zentrum des Landes gelebt. Früher war das kleine Volk vor allem wegen seiner rituellen Maskentänze und astrologischen Kenntnisse berühmt. Doch mittlerweile sind die internationalen Schlagzeilen anders. Es geht um Morde und Massaker, die Dogon sind mal Täter und mal Opfer. Auf der anderen Seite stehen die Fulbe, ein Volk von Viehzüchterinnen und Viehzüchtern. Auch sie sind mal Täter und mal Opfer.

Mahamad Guindo ist Chef des Dogon-Dorfes Yara im Zentrum von Mali und zählt sich zu den Opfern. »Es ist sehr schwer, die gegenwärtige Krise zu verstehen«, sagt Guindo. »Die Angreifer reden mal vom Heiligen Krieg, mal von Weideland für ihre Tiere.« Der Dorfchef, der um die 80 Jahre alt sein mag, sitzt neben Schafen und Rindern auf einem Bettgestell aus rohem Holz. Bewaffnete Islamisten hätten sein Dorf im Frühjahr 2019 aufgesucht und erst einmal über ihre Religion gesprochen. Kurze Zeit später seien sie wiedergekommen, hätten die Menschen aus dem Dorf vertrieben oder getötet. An der Seite der Islamisten sah Guindo Bekannte aus dem Nachbardorf. Wie die Islamisten waren sie Fulbe. Beim Anblick seiner Nachbarn sei ihm klar geworden, dass die Religion, von der die Islamisten sprachen, nur ein Vorwand war. »In Wirklichkeit geht es um unser Land, es ist sehr gutes Weideland«, glaubt der Dorfchef. Die halbnomadischen Fulbe seien auf der Suche nach neuen Weidflächen, da ihre angestammten Gebiete wegen der häufigen Dürren inzwischen zu trocken seien.

Steigende Temperaturen im Sahel

Laut dem aktuellen Bericht des Weltklimarates (IPCC) hat sich das Klima in ganz Westafrika in den vergangenen Jahrzehnten stärker erwärmt als im globalen Durchschnitt. Die durchschnittlichen jährlichen und saisonalen Oberflächentemperaturen in Westafrika sind seit Mitte der 1970er-Jahre um 1 bis 3 Grad gestiegen, mit den höchsten Zunahmen in der Sahara und im Sahel.

Der Klimatologe Hartmut Behrend arbeitete bis 2021 in Mali für die staatliche deutsche Entwicklungsorganisation »Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit« (GIZ). Dort leitete er ein Projekt, das dem Land bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels unterstützen sollte. Dessen Auswirkungen machen sich durch Wetterextreme bereits deutlich bemerkbar: Die Regenzeiten wurden sehr viel unregelmäßiger, die Starkregen heftiger, die Überschwemmungen größer. »Niemand weiß noch, wann er aussäen soll«, fasst der Klimatologe zusammen. Wird zur falschen Zeit gesät, bleibt die Ernte mickrig oder fällt sogar aus, selbst wenn irgendwann später womöglich doch noch ergiebiger Regen fällt. Der Klimawandel mündet somit in »Ressourcenkonflikte, die aufgrund der Erhöhung der Temperatur, der geringen Verfügbarkeit von Wasser und des Rückgangs der Nahrungsmittelproduktion entstehen«.

Im Zentrum von Mali eskalieren die blutigen Konflikte zwischen Dogon und Fulbe seit 2015. Hinzu kommt eine drastische Zunahme der terroristischen Gewalt. Und das nicht nur in Mali, sondern im gesamten Sahel, also der halbtrockenen Zone am Rande der Wüste Sahara.

Kollaps tradierter Systeme

Im Sahel sind die Ressourcen infolge von Klimawandel und Bevölkerungswachstum noch knapper als früher. Deshalb funktionieren die Managementsysteme für Wasser, Anbauflächen und Weideland nicht mehr, erklärt Baba Dakono. Er leitet das Büro des afrikanischen »Instituts für Sicherheitsstudien« (ISS) in Bamako. Im 19. Jahrhundert sei zwischen Bäuerinnen und Bauern sowie Viehzüchterinnen und Viehzüchtern klar geregelt gewesen, wer das Land zu welcher Zeit nutzen darf. Eine Weidesatzung legte fest, wann die Nomaden ihre Herden zu anderen Weidegründen treiben durften. Dadurch war geregelt, dass die Wanderung nicht in die Erntezeit fiel. »Die Bäuerinnen und Bauern bestellten also ihre Felder, und wenn alles abgeerntet war, kamen die Hirtinnen und Hirten von den nördlichen Weideflächen zurück, die Tiere zogen über die Brachflächen.« Außerhalb dieser festgelegten Zeiten mussten die Hirtinnen und Hirten mit ihren Herden festgelegte Wanderrouthen nutzen, die neben den Feldern verliefen. »Es gab also bestimmte Mechanismen, die das Verhältnis der verschiedenen Berufsgruppen zueinander regelten und dafür sorgten, dass es möglichst wenige Konflikte gab.« Kam es trotzdem zu Streit, gab es auch traditionelle Regeln, wie dieser zu lösen sei.

Durch den Klimawandel sind die Regenzeiten unberechenbar geworden. Dadurch stünden halbnomadische Viehzüchterinnen und Viehzüchter mit ihren Tieren neuerdings vielleicht überraschend mitten in einem erntereifen Feld. Außerdem legten die Bäuerinnen und Bauern weitere Felder an, wegen des Bevölkerungswachstums und weil die Böden verarmten. Die neuen Äcker lagen auch auf den traditionellen



Zwei Dogon-Jäger patrouillieren auf dem Dach eines Hauses, um ihr Dorf zu sichern. (Foto: Bettina Rühl)

Wanderwegen der Nomaden. »Die Tiere sind dann praktisch gezwungen, über ein Feld zu gehen.« Der Konflikt ist damit programmiert.

Das allein reicht aber nicht, um so schwere Konflikte zu erklären, wie sie derzeit etwa das Zentrum von Mali erschüttern. Selbst wenn Menschen infolge knapper Ressourcen in existentielle Not gerieten, brauche es weitere Auslöser, damit sie gewalttätig würden, betont Julius Jackson von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). Gewalt kann ausbrechen, wenn sich zum Beispiel eine Volksgruppe schon seit langem von ihrer Regierung vernachlässigt und benachteiligt fühlt, es lange schwelende Konflikte oder ungeklärte Fragen rund um Nutzungsrechte an Land, Brunnen oder anderen Wasserstellen gibt. Jackson bezeichnet den Klimawandel deshalb als einen Verstärker von Konflikten: Der Klimawandel schafft die Konflikte nicht aus dem Nichts heraus, kann aber bestehende Spannungen und verdeckte Brüche in der Gesellschaft verschärfen. »Wir gehen davon aus, dass auch das Risiko künftiger Konflikte steigt, wenn der Klimawandel weiter zunimmt«, erklärt Jackson.



Wasser-Konflikte in Westasien und Nordafrika:



Bereits im Jahr 1985 warnte der spätere UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali davor, dass die Kriege der Zukunft um Wasser geführt werden würden. In Teilen Westasiens und Nordafrikas herrscht seit jeher extreme Wasserknappheit, die durch den Klimawandel weiter zunimmt. So ist es nicht überraschend, dass die Kontrolle über Wasservorräte im Konflikt zwischen Israel und Palästina eine zentrale Rolle einnimmt, aber auch zu Konflikten zwischen verschiedenen Staaten in der Region beitragen könnte. (Foto: FAO/Cengiz Yar)



Soziale Spannungen und zwischenstaatliche Konflikte durch Staudammprojekte:

Große Staudämme, wie der 2020 in Betrieb genommene Ilisu-Staudamm in der Türkei oder der geplante Riesen-Staudamm in Tibet, können einen Beitrag zur Sicherung der Trinkwasserversorgung in Zeiten des Klimawandels leisten. Wenn dafür Menschen vertrieben werden müssen, kann dies aber auch zu sozialen Spannungen und Konflikten führen. Wird ein Flusslauf gestaut, der durch mehrere Länder verläuft, können die Staudämme auch Konflikte zwischen Staaten hervorrufen.



Steigender Meeresspiegel in Atoll-Staaten:

In kleinen und niedrig gelegenen Atoll-Staaten wie Kiribati, Tuvalu oder den Malediven führt der durch den Klimawandel ausgelöste Meeresspiegelanstieg zu Erosion und Überschwemmungen. Süßwasserquellen versalzen, der Anbau von Lebensmitteln wird immer schwieriger. Setzt sich der Trend fort, könnten Konflikte um Trinkwasser, Nahrungsmittel und Wohnfläche in den Gesellschaften zunehmen und immer mehr Menschen durch den Klimawandel aus ihrer Heimat vertrieben werden.



? Welche weiteren Regionen gibt es, in denen aufgrund des Klimawandels Konflikte oder Unsicherheit herrschen?

Die Karte zeigt einige ausgewählte Beispiele, wie der Klimawandel zu Gewalt und Konflikten beitragen kann. Die Beispiele machen deutlich, dass die gesellschaftlichen Folgen des Klimawandels, aber auch von Klimaschutz, sehr unterschiedlich sein können und die gesamte Welt betreffen.

Die Färbung der Karte basiert auf dem WeltRisikoIndex 2025, der vom Bündnis Entwicklung Hilft herausgegeben wird. Der Index gibt das Risiko von Katastrophen an, die durch extreme Naturereignisse und den Klimawandel ausgelöst werden. Dabei berücksichtigt er nicht nur die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Land z. B. vom Meeresspiegelanstieg oder von Naturkatastrophen getroffen wird, sondern erfasst auch, wie gut die jeweiligen Gesellschaften darauf vorbereitet sind, mit diesen Ereignissen umzugehen. Weitere Informationen: <https://weltrisikobericht.de/>

Versichert unsicher

Die Klimakrise zerstört die Lebensgrundlagen vieler Menschen, vor allem im globalen Süden. Können Versicherungen bei den Folgen des Klimawandels helfen? VON SUSANNE SCHWARZ

Die Monsunzeit brachte 2025 eine Katastrophe nach der nächsten über Südostasien. Zyklon Ditwah fegte über die Region, heftige Monsunregenfälle ließen Flüsse über die Ufer treten und lösten Sturzfluten sowie Erdbeben aus. Allein in Sri Lanka kamen bis Anfang Dezember 2025 mehr als 460 Menschen ums Leben, Hunderte gelten als vermisst, rund 30.000 Häuser wurden zerstört. Bilder zeigen Menschen, die ungläubig auf Höhe der Hausdächer in Kanus durch braune Fluten waten. Über allem liegt die bedrückende Erkenntnis: Eine der Folgen des Klimawandels in der Region ist, dass der Monsun jedes Jahr unberechenbarer wird und Extremwetterereignisse immer häufiger auftreten.

Die Klimakrise ist zerstörerisch, und zwar besonders in ärmeren Ländern des globalen Südens. Das zeigt der Langzeittrend des Klimarisiko-Index, den die Umweltorganisation Germanwatch jährlich herausgibt. Sechs der zehn Länder, die in den vergangenen drei Jahrzehnten am meisten unter extremen Wetterereignissen infolge des Klimawandels litten, haben niedrige oder untere mittlere Einkommen. Zwischen 1995 und 2024 waren es Dominica, Myanmar und Honduras, die am stärksten von Extremwetterereignissen betroffen waren. 2024 waren es St. Vincent und die Grenadinen, Grenada und der Tschad.

Klima-Risiko-Versicherungen

Um betroffenen Menschen möglichst schnell zu helfen, versuchen einige Länder, die Privatwirtschaft zunehmend miteinzubeziehen. Besonders Deutschland warb schon vor Jahren für sogenannte Klima-Risiko-Versicherungen.

Denn während in reicheren Ländern immerhin etwa 50 Prozent der Schäden durch extreme Wetterereignisse versichert sind, sind es in ärmeren Regionen weniger als fünf Prozent. »Dürren in Afrika, Stürme in der Karibik, Überschwemmungen in Asien – diese Katastrophen bedeuten gerade für die ärmsten Menschen oft den Verlust der wirtschaftlichen Existenz«, sagte der ehemalige Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU), der sich während seiner zwei Amtszeiten von 2013 bis 2021 besonders für Klima-Risiko-Versicherungen eingesetzt hat und etwa die internationale Initiative InsuResilience Global Partnership mit angestoßen hat.

Das heißt, Länder wie Deutschland subventionieren die Versicherungen, damit die Prämien bezahlbar werden. Im Prinzip funktioniert das Ganze genau wie bei anderen Versicherungen: Ein Pool an potenziell Gefährdeten zahlt ein – damit die, die es dann wirklich trifft, Kompensation erhalten. Das Risiko verteilt sich so auf viele Schultern. Meist laufen solche Klima-Risiko-Versicherungen über Verträge, die Staaten miteinander schließen – aber auch Unternehmen oder Einzelne können sich versichern, auch wenn dies bislang kaum verbreitet ist.

Anders als bei anderen Versicherungen üblich müssen Klima-Risiko-Versicherte nicht immer einzeln nachweisen, inwiefern sie konkret geschädigt wurden. Das Geld wird ausgeschüttet, sobald bestimmte meteorologische Parameter erreicht sind – sobald es also eine bestimmte Zeit lang nicht mehr oder zu viel geregnet oder ein Sturm eine bestimmte Windgeschwindigkeit erreicht hat. So steht das Geld schnell zur Verfügung. Doch es besteht auch die Gefahr einer

Schutzlücke, falls die tatsächlichen Schäden größer sind, als es die Modelle berechnet hatten.

Ob die InsuResilience Global Partnership ihr Ziel von 500 Millionen abgesicherten Menschen im globalen Süden bis 2025 erreicht hat, ist noch nicht abschließend dokumentiert. Ein Zwischenbericht zum Stand bis 2024 ergab, dass damals erst 319 Millionen Menschen in Klima-Risiko-Versicherungen eingebunden waren.

Grenzen von Klima-Versicherungen

Kritikerinnen und Kritiker dieser Versicherungen monieren allerdings, dass die Industrieländer die Klimakrise nahezu im Alleingang verschuldet haben – und nun auch noch Versicherungen in weniger entwickelte Länder verkaufen wollen. »Deutschland darf seine Verantwortung für die Klimakrise nicht komplett auf die Privatwirtschaft abwälzen«, warnt auch Sabine Minninger vom evangelischen Hilfswerk Brot für die Welt. »Für die Branche ist das ohnehin ein Null-Profit-Geschäft«, meint die Klimaexpertin. So ist es fraglich, ob sich Versicherungsunternehmen in dem Maße wie gewünscht beteiligen.

Dennoch begrüßen auch Hilfswerke die Klima-Risiko-Versicherungen grundsätzlich. Sie warnen jedoch, dass das Modell Grenzen hat und nicht ausreicht. Denn bei manchen Schäden und Verlusten, die durch die Klimakrise entstehen, greift das Konzept nicht. Versicherungen funktionieren nur, wenn viele einzahlen, der Schaden aber nicht überall auftritt. Bei schleichenden Folgen des Klimawandels wie dem Meeresspiegelanstieg, der Wüstenbildung oder der Gletscherschmelze ist das anders. Es kann als sicher



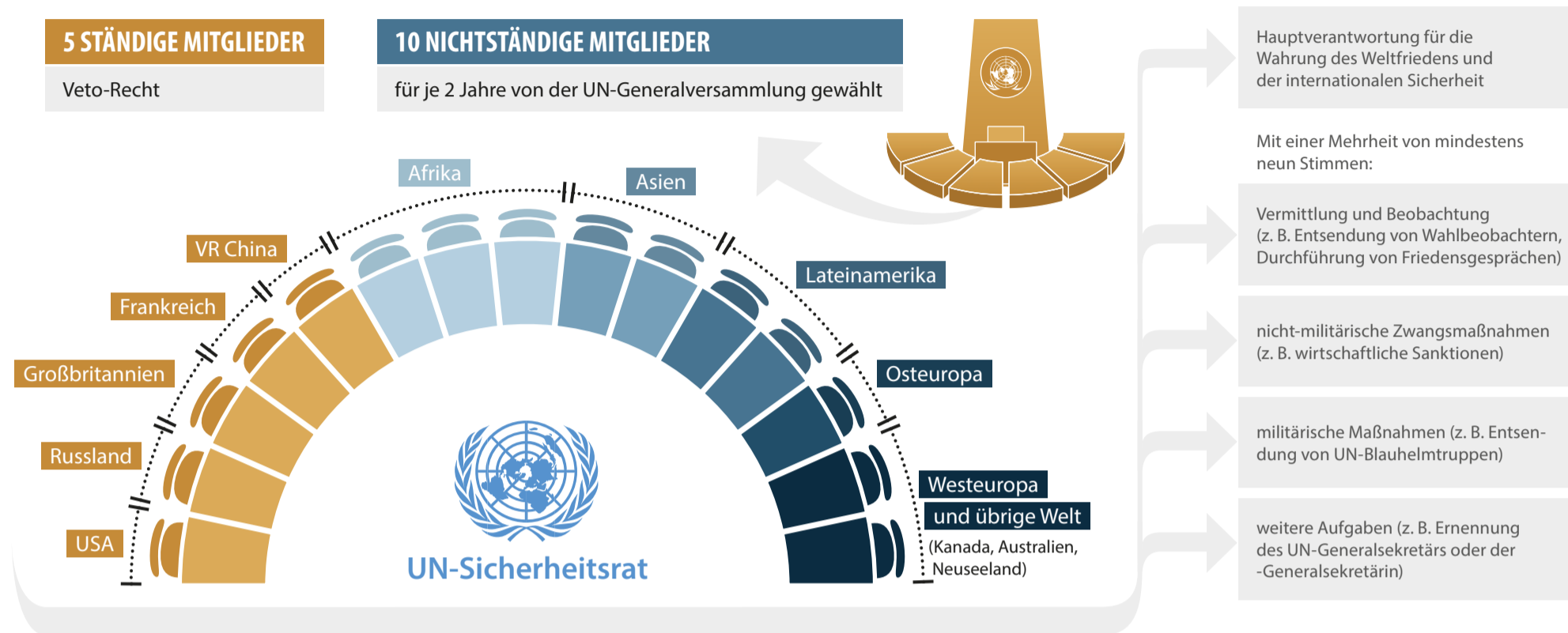
Zyklon »Idai« zerstörte über Nacht Ernten, Häuser und die wirtschaftliche Existenz vieler Menschen in Mosambik und seinen Nachbarländern. (Foto: WFP)

gelten, dass diese Prozesse ganze Landstriche und Inseln zerstören werden.

Auch in Fällen, die theoretisch versicherbar sind, könnte das Modell an seine Grenzen stoßen. »Die Klima-Risiken steigen und mit ihnen die Policen«, sagt Minninger. »Arme Staaten verschulden sich schon jetzt massiv durch die Klimakrise, sie werden künftig auch für Klima-Risiko-Versicherungen weitere Kredite aufnehmen müssen.« In diesem Kontext nahm in den letzten Jahren die Debatte darum, welche Länder für Schäden und Verluste durch den Klimawandel aufkommen müssen, mehr und mehr Gestalt an. Ein Erfolg war in diesem Kontext die Gründung eines Fonds für Schäden und Verluste auf der 27. Weltklimakonferenz in Sharm el Sheikh, Ägypten. Arme und besonders stark betroffene Staaten, die oft kaum zur Klimakrise beigetragen haben, hatten zuvor jahrzehntelang Geld für die Zerstörung ihrer Heimat gefordert. Gemessen am Finanzbedarf ist der Fonds bisher aber nur dürftig gefüllt – auch weil die Beteiligung daran selbst für Industrieländer nicht verpflichtend ist.

Klimawandel im UN-Sicherheitsrat

Der UN-Sicherheitsrat ist zuständig für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Trotz der wachsenden Bedeutung des Klimawandels sind Schritte gegen die Sicherheitsrisiken des Klimawandels im wichtigsten internationalen Entscheidungsgremium aber weiter umstritten. Auch Deutschland möchte daran etwas ändern.



Der UN-Sicherheitsrat ist das einzige Gremium, das völkerrechtlich verbindliche Entscheidungen auch gegen den Willen einzelner UN-Mitgliedstaaten treffen und deren Umsetzung notfalls auch mit Zwangsmaßnahmen durchsetzen kann. So kann er zum Beispiel Sanktionen verhängen oder UN-Soldatinnen und -Soldaten entsenden. Der Rat setzt sich aus fünf ständigen Mitgliedern, die mit ihrem sogenannten »Veto-Recht« alle Beschlüsse des Gremiums blockieren können, sowie zehn auf jeweils zwei Jahre von allen UN-Mitgliedstaaten gewählten Ländern aus verschiedenen Weltregionen zusammen (siehe Grafik). Bisher sind alle größeren Reformvorschläge zur Zusammensetzung des Rats gescheitert, sodass häufig kritisiert wird, dass er immer noch die globale Machtverteilung zur Zeit seiner Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg widerspiegelt und Länder aus Asien, Afrika und Lateinamerika gemessen an der heutigen Bevölkerungszahl unterrepräsentiert sind.

Klima im UN-Sicherheitsrat

Trotz der zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels auf die menschliche Sicherheit sowie auf Konflikte und die Friedenssicherung hat sich der Sicherheitsrat lange Zeit kaum mit dem Klimawandel befasst. Das hat sich mittlerweile jedoch geändert: Immer mehr UN-Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland (siehe S. 7), haben sich dafür eingesetzt, dass der Sicherheitsrat den Klimawandel in seinen Beschlüssen berücksichtigt. So verabschiedete der Rat 2018 zum Konflikt am Tschadsee erstmals eine Resolution (so nennt man die Beschlüsse des Sicherheitsrats), die ausdrücklich auch die durch den Klimawandel verursachten Gefahren erwähnt. Seitdem sind zahlreiche weitere Beschlüsse gefolgt (siehe S. 7).

Gehört der Klimawandel in den UN-Sicherheitsrat?

Aber es gibt auch immer noch Vorbehalte gegen eine Behandlung des Klimawandels im Sicherheitsrat. Bei einer Abstimmung im Jahr 2021 verhinderte Russland etwa eine Resolution, die den Klimawandel erstmals als Bedrohung für internationalen Frieden und Sicherheit eingestuft hätte. Die Vorlage hätte den Klimawandel systematisch als Verstärker für Konflikte verankert.

Kritikerinnen und Kritiker fürchten, das Mandat des Rats könnte verwässert werden, und verweisen darauf, dass der Klimawandel selten der alleinige Auslöser für Konflikte ist. Sie argumentieren, dass der Sicherheitsrat sich auf die Lösung handfester Konflikte wie z. B. dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine fokussieren sollte, anstatt sich in allgemeinen Diskussionen über

»weiche« Sicherheitsthemen wie dem Klimawandel zu verlieren. Zudem nimmt seit einigen Jahren in manchen Staaten eine grundsätzliche Skepsis gegenüber internationaler Zusammenarbeit zu und wird aus politischen Gründen sogar der menschengemachte Klimawandel in Frage gestellt.

Klar ist, dass es für Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Unterstützung der Staaten bei der Anpassung an den Klimawandel eigenständige internationale Abkommen und Gremien gibt wie etwa das Pariser Klimaabkommen und die jährlich stattfindenden UN-Klimakonferenzen (siehe S. 2). Der Sicherheitsrat ist also tatsächlich nicht der zentrale Ort, um darüber zu verhandeln, welche Staaten wie viel Klimaschutz betreiben sollen.

Klima-Konflikte präventiv bearbeiten

Gleichzeitig haben die UN-Mitgliedstaaten jedoch schon vor Jahren beschlossen, dass der Klimawandel ein Querschnittsthema ist und von allen internationalen Organisationen im Rahmen ihres Mandats behandelt werden sollte. Angesichts der Gefahren des Klimawandels für Frieden und Sicherheit glauben viele Staaten, dass die Frage nicht länger sein kann, ob der Klimawandel ein Thema für den Sicherheitsrat ist, sondern dass es vielmehr um die Frage gehen muss, was dieser konkret entscheiden kann. Sie argumentieren, dass der Sicherheitsrat sich auch heute schon mit Konflikten wie etwa in Mali oder am Tschadsee befasst, die durch den Klimawandel verstärkt werden (siehe S. 4–5) – oft jedoch erst dann, wenn es zu spät ist und bereits blutige Auseinandersetzungen ausgebrochen sind. Durch frühzeitiges, präventives Handeln könnten Konflikte aber verhindert oder zumindest abgemildert werden.

Den Klimawandel stets mitdenken

Dafür ist es notwendig, den Klimawandel und die von ihm ausgelösten Auswirkungen auf Frieden und Konflikte überall mitzudenken – selbst dann, wenn sie (noch) nicht zu den offenkundig zentralen Ursachen eines Konflikts zählen. Im Jahr 2010 hat der UN-Sicherheitsrat einstimmig in einer Resolution zu Frauen, Frieden und Sicherheit (siehe S. 7) das Konzept des »Gender-Mainstreaming« verankert, das besagt, dass Geschlechtergerechtigkeit in allen Kontexten berücksichtigt und Frauen gleichberechtigt in Friedensprozesse eingebunden werden müssen. Das könnte ein Vorbild für den Diskurs zum Klimawandel sein: Der Sicherheitsrat würde sich verpflichten, die Auswirkungen des Klimawandels ebenso als Querschnittsthema stets zu berücksichtigen.

WAS KANN DER SICHERHEITSRAT KONKRET TUN?

Unter anderem könnte der Sicherheitsrat folgende Maßnahmen ergreifen:

VERHANDLUNG UND PRÄVENTION

- Vereinbarungen zwischen Konfliktparteien aushandeln, die den Zugang zu immer knapperen lebenswichtigen Ressourcen wie Wasser oder Ackerland regeln.
- Durch die Verhandlung von Abkommen zwischen Staaten mit unterschiedlichen Interessen neuen zwischenstaatlichen Konflikten (z. B. in der Arktis) vorbeugen.
- Anpassung an das Klima noch besser in die Konfliktprävention einbeziehen: Durch das Pflanzen von Bäumen als natürliches Schutzschild gegen Stürme oder Erosion kann etwa Konflikten über fruchtbares Land vorgebeugt werden.
- Frühwarnsysteme entwickeln, die den Sicherheitsrat über sich anbahnende Konflikte informieren und mittels wissenschaftlicher Analysen z. B. die Auswirkungen einer Dürre möglichst genau vorhersagen können.
- Einige Länder fordern, stets einen Sitz für Inselstaaten oder andere stark vom Klimawandel betroffene Staaten im Sicherheitsrat zu reservieren – entweder durch eine Reform oder informelle Absprachen.

ÜBERWACHUNG, FRIEDENSMISSIONEN UND SANKTIONEN

- Friedensmissionen in Regionen entsenden, die stark von Auswirkungen des Klimawandels (z. B. Hungersnöten) betroffen sind, welche Konflikte auslösen können: Diese Missionen könnten z. B. zwischen Konfliktparteien vermitteln, die Zerstörung von Waffen und die Umsetzung von Friedensabkommen oder Vereinbarungen zum Zugang zu wichtigen Ressourcen überwachen.
- Die Zivilbevölkerung und zivile Infrastruktur durch UN-Friedenstruppen schützen, um zu verhindern, dass einzelne Konfliktparteien z. B. die Kontrolle über die Trinkwasserversorgung erlangen und dies als »Waffe« gegen andere Konfliktparteien oder die Bevölkerung einsetzen.
- Die Sicherheit humanitärer Helferinnen und Helfer schützen, die nach klimabedingten Naturkatastrophen der Bevölkerung durch Lieferungen von Medikamenten oder Nahrungsmitteln helfen und in Konfliktregionen zwischen die Fronten geraten könnten: Dies kann durch eine militärische Absicherung humanitärer Einsätze in Konfliktregionen geschehen, aber auch durch Sanktionen gegen diejenigen, die z. B. Ärztinnen oder Ärzte unter Beschuss nehmen.

Gibt es weitere Maßnahmen, die sinnvoll und notwendig sein könnten, um den Frieden angesichts der Auswirkungen des Klimawandels sicherzustellen?

DEUTSCHLAND IM UN-SICHERHEITSRAT



Außenminister Johann Wadepuhl spricht im September 2025 während einer Sitzung im UN-Sicherheitsrat. (UN Photo/Manuel Elias)

Deutschland gehörte in den Jahren 2019 und 2020 dem UN-Sicherheitsrat an. Ein Schwerpunkt der deutschen Kampagne für die Wahl in den Sicherheitsrat waren neben Konfliktprävention und der Aufrechterhaltung des Völkerrechts und der Menschenrechte auch die Auswirkungen des Klimawandels. Im Juli 2020 brachte Deutschland das Thema erneut in den Sicherheitsrat ein, als es turnusgemäß die Ratspräsidentschaft übernahm und eine Debatte zu Klimarisiken für Frieden und Sicherheit organisierte, in der u. a. die Verwundbarkeit fragiler Staaten und die Rolle präventiver Diplomatie im Mittelpunkt standen. Beim Zukunftsgipfel im September 2024 in New York wurde bekannt, dass Deutschland sich für einen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat für die Jahre 2027–2028 bewerben wird. Im Falle einer Wahl möchte Deutschland erneut an frühere Mandate anknüpfen und die Schwerpunkte auf Klima, Sicherheit sowie die Prävention von Konflikten legen. Die Wahl findet im Juni 2026 statt.

»GROUP OF FRIENDS ON CLIMATE AND SECURITY«

Zusammen mit dem pazifischen Inselstaat Nauru gründete Deutschland im Jahr 2018 die Freundesgruppe »Klima und Sicherheit« innerhalb der Vereinten Nationen. Die neue Staatengruppe hat sich zum Ziel gesetzt, innerhalb der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, um Lösungen für sicherheitsrelevante Folgen des Klimawandels zu finden. Der Gruppe haben sich 78 der 193 UN-Mitgliedstaaten angeschlossen, darunter vor allem Inselstaaten und europäische Länder.

BRAUCHT ES UN-GRÜNHELME?

Um den Frieden zu sichern, Konfliktparteien auseinanderzuhalten, die Zivilbevölkerung zu schützen, einen Waffenstillstand umzusetzen oder Wahlen zu beobachten, kann der UN-Sicherheitsrat bewaffnete oder unbewaffnete UN-Soldatinnen und -Soldaten oder -Polizistinnen und -Polizisten entsenden. Aufgrund der blauen Färbung ihres Helms werden sie auch als »Blauhelme« bezeichnet.

Angesichts des Klimawandels schlagen einige Expertinnen und Experten vor, dass es zusätzlich auch »UN-Grünhelme« bräuchte. Solche »Grünhelme« könnten Aufgaben zur Verhinderung von Klima-Konflikten übernehmen, bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels helfen oder überwachen, dass die Staaten ihre Ziele zum Klimaschutz umsetzen. Da eine dafür notwendige Reform des UN-Sicherheitsrats als unwahrscheinlich gilt, fordern einige Länder die Gründung eines neuen Gremiums mit weitreichender Entscheidungsbefugnis zum Klimawandel, z. B. einen UN-Klima- und Umweltrat.

ZWANGSMAßNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ

Befürworterinnen und Befürworter eines UN-Klima- und -Umweltrats argumentieren, dass für effektiven Klimaschutz mehr Druckmittel notwendig sind als das Pariser Klimaabkommen vorsieht (siehe S. 2). Sie hoffen, dass ein Klima- und Umweltrat ähnlich wie der UN-Sicherheitsrat Sanktionen oder sogar ein internationales Eingreifen beschließen könnte, wenn Staaten nicht genügend zum Klimaschutz beitragen und somit die Sicherheit von Menschen gefährden.

Ein Land, das die Brandrodung von Regenwald duldet, könnte zum Beispiel aufgefordert werden, Brände zu löschen oder die illegale Abholzung von Wäldern zu stoppen. Käme das Land dieser Aufforderung nicht nach, könnte ein Klima- und -Umweltrat etwa Handelsboykotte gegen die von den Rodungen profitierenden Branchen verhängen. Kann oder will das Land dennoch keine geeigneten Maßnahmen zum Klimaschutz ergreifen, könnte als letztes Mittel eine internationale Eingreiftruppe – notfalls auch gegen den Willen des betreffenden Staates und militärisch abgesichert – einschreiten.

Solche Überlegungen werfen allerdings eine Reihe von Fragen auf: Wann genau greift der Rat ein? Aus welchen Staaten setzt er sich zusammen? Und welche Hürden gibt es, um Missbrauch zu verhindern?

KLIMAWANDEL IM UN-SICHERHEITSRAT

In den Jahren nach Gründung der Vereinten Nationen im Jahr 1945 bestimmte ein sehr klassischer Sicherheitsbegriff die Arbeit des Sicherheitsrats. Über die Jahre hat der Rat jedoch ein umfassenderes Verständnis von Frieden und Sicherheit angenommen und sein Mandat weiter ausgelegt. Trotzdem hat er sich den Auswirkungen des Klimawandels nur zögerlich angenommen. Ein kurzer Überblick:

2007 findet auf Vorschlag Großbritanniens die erste, weitgehend ergebnislose Debatte zum Klimawandel im Sicherheitsrat statt.

2011 setzt Deutschland den Klimawandel im Sicherheitsrat auf die Tagesordnung, kommt über eine präsidentielle Erklärung – der schwächsten Form der Beschlussfassung des Gremiums – mit der Bitte an den UN-Generalsekretär, zukünftig Informationen zum Klimawandel in seine Berichte aufzunehmen, nicht hinaus.

Ab **2013** gibt es in unregelmäßigen Abständen weitere Sitzungen des Sicherheitsrates zu verschiedenen Aspekten des Klimawandels (z. B. Wasser, Farmland) sowie Klima und Sicherheit grundsätzlich.

2017 betont der Sicherheitsrat erstmals in einer Resolution zum Konflikt am Tschadsee auch die Rolle klimabedingter Sicherheitsrisiken.

2018 erhält eine Debatte zu klimabezogenen Sicherheitsrisiken auf Initiative Schwedens viel Aufmerksamkeit und werden Bezüge zum Klimawandel in weitere Resolutionen zu Somalia, dem Sudan und Mali aufgenommen.

2019 befasst sich der Sicherheitsrat auf Antrag der Dominikanischen Republik mit den Auswirkungen klimabedingter Katastrophen auf den internationalen Frieden; auf einer Konferenz in Deutschland wird von den Staaten der »Group of Friends on Climate and Security« der »Berlin Call for Action« verabschiedet. In dem Aufruf fordern sie durch den Klimawandel entstehenden Risiken bei allen Entscheidungen auf nationaler und internationaler Ebene zu berücksichtigen und dafür die notwendigen Strukturen in der UN zu schaffen.

2020 richtet der Sicherheitsrat auf Initiative unter anderem Deutschlands eine informelle Gruppe von Expertinnen und Experten zu Klima und Sicherheit ein.

2023 nehmen die UN-Mitgliedstaaten den Zukunftspakt an, eine Reformagenda für die Zukunft der UN. Er beinhaltet unter anderem auch Zielsetzungen zu Klima und Sicherheit.

2025 verabschiedet der Internationale Gerichtshof ein wegweisendes Rechtsgutachten zum Klimawandel, das auch Auswirkungen für den Sicherheitsrat hat. In dem Gutachten hält das Gericht fest, dass alle Staaten zur Zusammenarbeit beim Klimawandel verpflichtet sind und diese Zusammenarbeit über die UN-Klimaverhandlungen hinausgehen muss. Außerdem können laut dem Gutachten individuelle Staaten für Klimaschäden, darunter auch Sicherheitsrisiken infolge des Klimawandels, juristisch haftbar gemacht werden.

FRAUEN UND MÄDCHEN SIND BESONDERS BETROFFEN



Eine UN-Peacekeeperin unterhält sich in Mali mit Kindern. (UN Photo/Marco Dormino)

Frauen und Mädchen gehören sowohl beim Klimawandel als auch in Konflikten zu den besonders Betroffenen. Studien haben gezeigt, dass sie häufiger als Männer Opfer von Naturkatastrophen werden und aufgrund niedrigerer Einkommen stärker von Unterernährung infolge von Dürren betroffen sind. Oft werden sie von Konfliktparteien gezielt attackiert oder vergewaltigt. In vielen Gesellschaften sind Frauen und Mädchen auch für die durch den Klimawandel und Konflikte schwieriger werdende Beschaffung von Wasser oder die Pflege kranker Angehöriger zuständig. Trotzdem sind sie häufig von den Machtstrukturen ausgeschlossen, in denen über Krieg und Frieden oder Klimaschutz entschieden wird.

RESOLUTION 1325 ZU FRAUEN, FRIEDEN UND SICHERHEIT

Ein nachhaltiger Frieden kann nur dann erreicht werden, wenn Frauen in alle Prozesse und Entscheidungen einbezogen werden. Daher hat der UN-Sicherheitsrat im Jahr 2000 die Resolution 1325 zu »Frauen, Frieden und Sicherheit« verabschiedet, die Konfliktparteien dazu aufruft, die Rechte von Frauen zu schützen und Frauen gleichberechtigt in Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtung und den Wiederaufbau mit einzubeziehen. Seitdem gab es einige Folgeresolutionen, die die ursprüngliche Resolution erweitern. Zum Beispiel wurde sexualisierte Gewalt erstmals ausdrücklich als gezielte Kriegsstrategie benannt. Doch auch 25 Jahre nach Verabschiedung dieser wichtigen Resolution werden ihre Ziele leider zu oft noch nicht umgesetzt.

Der Klimawandel vertreibt Menschen aus ihrer Heimat

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) geht davon aus, dass in den letzten zehn Jahren mindestens 250 Millionen Menschen dauerhaft oder zumindest zeitweise aufgrund des Klimawandels aus ihrer Heimat vertrieben worden sind. Doch noch immer mangelt es an internationaler Anerkennung solcher Klima-Vertriebenen.

Gemeinsam mit ihren Müttern sitzen zahlreiche Kinder unweit der Landebahn des kleinen Flughafens auf dem Funafuti-Atoll in Tuvalu im Wasser, während nacheinander die Staats- und Regierungschefs und -chefinnen der pazifischen Inselstaaten sowie Australiens und Neuseelands an ihnen vorbeischießen. Diese Szene war im Jahr 2019 noch gestellt, die Kinder sitzen in Wasserbecken, die Regierung Tuvalus will zu Beginn des Pacific Islands Forums ein Zeichen für mehr Klimaschutz setzen. Doch die Aktion steht sinnbildlich für die Zukunft, welche die Kinder in Tuvalu und anderen niedrig gelegenen Inselstaaten tatsächlich erwarten könnte.

Denn der durch den Temperaturanstieg und die Gletscherschmelze ausgelöste Meeresspiegelanstieg führt schon heute dazu, dass nur wenige Meter über dem Meeresspiegel gelegene Inseln wie die des Funafuti-Atolls regelmäßig überschwemmt werden. Die Erosion zerstört die Küsten. Die Versalzung der Böden führt zu Süßwassermangel und macht jegliche Versuche, Nahrungsmittel anzubauen, zunichte. Außerdem untergräbt der Klimawandel die ohnehin schon geringen wirtschaftlichen Perspektiven. So werden viele Inseln schon lange bevor sie wirklich im Meer versinken, zunehmend unbewohnbar.

Da viele Atollinseln nicht einmal 100 Meter breit sind, gibt es kaum Möglichkeiten, die betroffenen Menschen innerhalb der eigenen Insel umzusiedeln. Immer mehr Menschen bleibt deshalb keine andere Möglichkeit, als ihre Heimat zu verlassen.

Eine globale Herausforderung

Ähnliches geschieht auch an ganz anderen Orten der Welt, etwa in Afrika südlich der Sahara. Hier ist es zunehmende Trockenheit, welche den Menschen ihre Lebensgrundlage raubt und sie aus der Heimat vertreibt. Dies hat verheerende Auswirkungen für ihre persönliche Sicherheit, da die Menschen sich oft ohne ihr Hab und Gut auf den Weg in eine ungewisse Zukunft machen müssen und in den Ländern und Regionen, in die sie gelangen, kaum Rechte haben und keinerlei Schutz genießen. Da die Veränderungen des Klimawandels zumeist ein schleichender Prozess sind, verstärkt dies auch Ungleichheiten, weil häufig die ärmsten Menschen als erste betroffen sind, da sie sich nicht vor den Folgen des Klimawandels in ihrer Heimat schützen können. In einigen Fällen können Flucht und Migration auch neue Konflikte auslösen, etwa wenn diejenigen, die ihre Heimat verlassen mussten, in Regionen kommen, in denen sie mit der ansässigen Bevölkerung um lebenswichtige Ressourcen wie Trinkwasser konkurrieren (siehe S. 3–5).

Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) geht in einem im Jahr 2025 veröffentlichten Bericht davon aus, dass bereits in der vorherigen Dekade mindestens 250 Millionen Menschen aufgrund von Klimaereignissen zumindest zeitweise vertrieben worden sind, einige von ihnen sogar mehrfach. Zusätzlich waren im Jahr 2025 nach



Bewohnerinnen und Bewohner des zu Tuvalu gehörenden Nui-Atolls verabschieden ein Team des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) und der Regierung des Landes, welche das Atoll nach einem Zyklon mit Hilfsgütern versorgt haben. (Foto: UNDP/Silke von Brockhausen)

Angaben von UNHCR über 117 Millionen Menschen auf der Flucht vor Kriegen oder politischer Verfolgung, darunter etwa 42,5 Millionen Menschen, die Landesgrenzen überquert haben und offiziell als Flüchtlinge anerkannt werden. Darunter sind viele Menschen, die vor Konflikten wie etwa dem in Syrien oder im Südsudan geflohen sind, die durch den Klimawandel zumindest verstärkt werden (S. 5).

Schon länger existieren wissenschaftliche Schätzungen, dass der Klimawandel bis zum Jahr 2050 dauerhaft 200 bis 300 Millionen Menschen vertreiben wird – und somit jede bisherige globale Flucht- und Migrationsbewegung in den Schatten stellen könnte. Auf den letzten UN-Klimakonferenzen haben Expertinnen und Experten sogar Berechnungen vorgestellt, nach denen langfristig bis zu 1,2 Milliarden Menschen – also etwa 15 Prozent der derzeitigen Weltbevölkerung – betroffen sein könnten.

Klima-Vertriebene: Von der Genfer Flüchtlingskonvention nicht anerkannt

Doch immer noch gibt es kein umfassendes internationales Abkommen, das Menschen, die infolge des Klimawandels ihre Heimat verlassen müssen, Schutzrechte wie die Aufnahme in anderen Ländern zugesteht. Die Genfer Flüchtlingskonvention erkennt zwar solche Menschen als Flüchtlinge an, die ihre Heimat aufgrund von Kriegen oder politischer Verfolgung verlassen müssen, nicht jedoch diejenigen, die wegen Naturkatastrophen oder den Folgen des Klimawandels vertrieben werden. Für sie braucht es dringend ein eigenes Abkommen, welches ihnen rechtliche Anerkennung und Schutz zusichert.

Dass solchen Menschen Schutzrechte zustehen, hat unter anderem auch der Internationale Gerichtshof in seinem umfassenden Rechtsgutachten zum Klimawandel im Jahr 2025 unterstrichen. Das Gutachten zählt klimabedingte Migration und Vertreibung zu den schwerwiegendsten Auswirkungen des Klimawandels. Unter anderem besagt das Gutachten, dass alle Staaten Verantwortung dafür tragen, betroffene Menschen in Sicherheit zu bringen und dass ihnen möglicherweise auch Entschädigung zusteht, wenn nachweisbar ist, dass die unzureichende Klimapolitik anderer Staaten ihre Vertreibung ausgelöst hat. Bereits im Jahr 2020 hat der UN-Menschenrechtsausschuss in einer wegweisenden Entscheidung geurteilt,

dass Menschen nicht in ihre Heimat abgeschoben werden dürfen, wenn ihnen dort durch den Klimawandel eine Gefahr für das eigene Leben droht. Damit hat das Gremium – ebenso wie 2025 auch der Internationale Gerichtshof – bestätigt, dass der Klimawandel die Menschenrechte einschränken kann, und daraus Anweisungen für das Handeln von Staaten abgeleitet. Das reicht jedoch nicht aus, denn zum einen ist dieser Beschluss nicht bindend, zum anderen greift er erst, wenn es eigentlich schon zu spät ist – nämlich dann, wenn Menschen bereits aus ihrer Heimat geflohen sind und wieder in diese zurückgeschickt werden sollen. Was es wirklich braucht, ist vorausschauendes Handeln.

Migration oder Flucht?

Denn es gibt einen großen Unterschied zwischen Migration und Flucht: Flucht ist ein unregelmäßiger Prozess, bei dem die Menschen nahezu keine Kontrolle über den Zeitpunkt, den Weg und das Ziel ihrer Flucht haben und häufig ohne Vorbereitung ihre Heimat verlassen müssen. Auch eine Migration muss nicht freiwillig erfolgen, kann den Betroffenen anders als eine überhastete Flucht jedoch ein Mindestmaß an Würde und Selbstbestimmtheit lassen.

Migration in Würde

Ein Konzept, wie eine solche vorausschauende Migration aussehen kann, stammt von Aote Tong, dem ehemaligen Präsidenten des pazifischen Inselstaats Kiribati, einem Nachbarstaat Tuvalus. Er setzte sich während seiner Amtszeit für mehr Klimaschutz ein, aber auch dafür, realistisch anzuerkennen, dass eine Migration in andere Länder für einen Teil der Bevölkerung seines Landes unvermeidlich werden könnte. Sein Konzept der »Migration in Würde« (engl. »Migration with Dignity«) beinhaltet, die Menschen schon in Kiribati so auszubilden, dass sie später einen positiven Beitrag zu Aufnahmegesellschaften leisten können – nicht als Opfer, sondern als selbstbestimmte Menschen, die ihre eigene kulturelle Identität aufrechterhalten können. Ein Ziel ist es deshalb, den betroffenen Menschen möglichst viel Kontrolle über den Zeitpunkt der Umsiedlung zu lassen. Nach und nach sollen so Auswanderergemeinschaften in anderen Staaten entstehen, die dabei helfen, die Ankunft zukünftiger Migrantinnen und Migranten vorzubereiten. Das setzt allerdings voraus, dass einzelne Staaten sich bereit erklären, die Bevölkerung eines Landes

wie Kiribati aufzunehmen – und die Menschen nicht als Geflüchtete über den ganzen Erdkreis verstreut werden.

Tuvalu ist es mittlerweile gelungen, in Australien einen solchen Partner zu finden. Im Jahr 2024 ist ein umfangreiches Partnerschaftsabkommen zwischen den beiden Ländern in Kraft getreten, das nach einem tuvaluischen Wort für »gute Nachbarschaft« und »gegenseitige Fürsorge« Falepili Union genannt wird. Das Abkommen regelt, dass fortan jedes Jahr 280 Menschen aus Tuvalu nach Australien auswandern dürfen und dort einen dauerhaften Aufenthaltsstatus mit Arbeitserlaubnis und Zugang zu Sozialleistungen erhalten. Langfristig könnte so die gesamte Bevölkerung Tuvalus, die etwa 12.000 Menschen umfasst, nach Australien übersiedeln. Die Falepili Union beinhaltet allerdings auch, dass Tuvalu sich sicherheitspolitisch an Australien bindet und somit einen Teil seiner außenpolitischen Souveränität aufgibt. Die Union ist somit nicht nur das erste zwischenstaatliche Abkommen zur Klimamigration, sondern auch ein Beispiel dafür, wie die »Klima-Sicherheit« der einen mit sicherheitspolitischen Interessen anderer verknüpft ist.

1. aktualisierte Auflage, Stand Januar 2026
(Erstauflage: 2020) · ISSN 1614-5437

HERAUSGEBER

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.
Zimmerstraße 26/27 · D-10969 Berlin
Telefon: (030) 259375-0
E-Mail: info@dgvn.de · Web: www.dgvn.de

@dgvnv LinkedIn dgvn.e.V Instagram un__erwartet

VERANTWORTLICH

Peter Wittschorek, DGVN-Generalsekretär

REDAKTION

Oliver Hasenkamp, Jana Krieg, Ariane Luessen (DGVN)
Aktualisierung (2026): Simone Kamhuber, Oliver Hasenkamp,
Sophie Humer-Hager, Alex Häuser, Henrike Voß (DGVN)

Gestaltung: Cornelia Agel · Druck: vierC print+mediafabrik
Klimaneutrale Produktion und Druck auf Blauer-Engel-zertifiziertem Papier.



Die Publikation wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.